

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 30. März 2017

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Bürgermeister Dr. Wilke als Vorsitzender
Stadträtinnen und Stadträte:	Berg, Bernnat, Böhringer, Cyperrek (in Vertretung Di Prima), Denzer, Escher, Glattacker, Kiefer, Krämer (in Vertretung Vogelpohl), Lindemer, Simon (in Vertretung Oehler), Sommer, Vogel, Wernthaler
Entschuldigt:	Di Prima, Oehler, Vogelpohl, Wiesiollek
Ferner:	Fachbereichsleiterin Baldus-Spingler (ab 19.00 Uhr) Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdic (bis 20.15 Uhr) Fachbereichsleiter Dullisch (bis 21.50 Uhr) Betriebsleiter Droll (bis 20.35 Uhr) Fachbereichsleiter Sproß Kommiss. Fachbereichsleiterin Eyhorn (bis 21.35 Uhr) Stellv. Fachbereichsleiterin Kovac (bis 21.50 Uhr) Frau Dotterweich (ab 19.35 Uhr, bis 21.25 Uhr) Frau Hammler (bis 19.40 Uhr) Frau Renkert (ab 20.00 Uhr, bis 21.35 Uhr) Frau Dr. Schwarz (bis 19.40 Uhr) Herr Adams (bis 19.30 Uhr)
Urkundspersonen:	Stadträtin Krämer und Stadtrat Wernthaler
Schriftführung:	Herr Ockenfuß
Beginn:	18.55 Uhr
Ende:	21.45 Uhr

Der Vorsitzende eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales. Er schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 6 (Areal "Weberei Conrad"-Erschließung und weitere öffentliche Tiefgaragenstellplätze) bereits in Folge des Tagesordnungspunktes 2 zu beraten und der Tagesordnung ansonsten wie angegeben zu folgen.

Das Gremium zeigt sich mit einem solchen Vorgehen einverstanden.

TOP 1

Bericht über die Arbeit des Seniorenbeirats der Stadt Lörrach, mdl. Bericht;

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein und begrüßt sodann Frau Hammler, Seniorenbeauftragte der Stadt Lörrach.

Frau Hammler stellt sodann anhand einer Präsentation den Bericht über die Arbeit des Seniorenbeirates der Stadt Lörrach vor (Anlage 1).

Es erfolgt eine kurze Aussprache.

Stadträtin Cyperrek wolle wissen, ob die finanzielle Ausstattung und auch die Zuweisung von lediglich einer halben Planstelle der Arbeit der Seniorenbeauftragten gerecht werde. Sie wünsche sich eine Vorlage im Hauptausschuss im Rahmen derer die angesprochene Thematik behandelt wird.

Frau Hammler gibt an, dass man mit mehr Geld und mit mehr Zeit immer noch mehr machen könne.

Der Vorsitzende erklärt, dass man sich bei der Einrichtung der Stelle der Seniorenbeauftragten und bei der Einsetzung des Seniorenbeirats an anderen, bisher bestehenden Gremien der Stadt, wie beispielsweise der Internationalen Kommission, orientiert habe.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales nimmt sodann den Bericht über die Arbeit des Seniorenbeirats zur Kenntnis.

TOP 2

Unterbringung und Betreuung der zugewiesenen Flüchtlinge in Anschlussunterkünften

Vorlage: 039/2017

Der Vorsitzende führt zunächst in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein. Der Landkreis baue mittlerweile seine Kapazitäten im Bereich der Unterbringung von Flüchtlingen ab, da der Zustrom von Flüchtlingen in der vergangenen Zeit abgenommen habe. Die Kommunen stünden nun vor der Herausforderung, die Flüchtlinge im Rahmen der Anschlussunterbringung mit Wohnraum zu versorgen. Momentan müsse die Stadt Lörrach rund 320 Personen in Wohnraum bringen. Die Situation hinsichtlich in Deutschland ankommender Flüchtlinge entspanne sich derzeit. Die Verwaltung sehe vor, das Gebäude in der Gretherstraße von nun an und zum Jahresende auch Gebäude in der Feldbergstraße für die Unterbringung anzumieten. Die Gebäude werden als Provisorien betrachtet. Unterbringung meine nicht automatisch Integration, weshalb vor Ort eine zentrale Anlaufstelle in Form eines Welcome-Centers für die Menschen geschaffen werden soll. Durch die Anlaufstelle solle den Menschen bei kleinen Problemen geholfen werden. Insgesamt sei er zuversichtlich, wolle aber auch betonen, dass die Kommunen sowohl vom Bund als auch vom Land finanziell hängen gelassen werden. Die Kommunen müssten sich selbst um die Schaffung von Wohnraum kümmern, während es beispielsweise von Seiten des Landes lediglich Zuschüsse für die Einrichtung von Stellen für Integrationsbeauftragte gibt. Man warte nach wie vor auf finanzielle Zuwendungen, bisher seien allerdings noch keine angekommen.

Stadtrat Escher gibt an, dass die Thematik sehr komplex sei. Die Stadt müsse nun in Vorkasse gehen. Hier gehe es schließlich um Menschen, die untergebracht und integriert werden müssten. Auch die vielen ehrenamtlichen Helfer, die ihren Dienst mit Herz und Seele ausführen würden, dürfe man nicht aus den Augen verlieren. Die Stadt müsse mit all diesen Personen gut umgehen. Hinsichtlich der versprochenen Zuwendungen des Bundes verweist er darauf, was bisher an finanziellen Mitteln in der Stadt angekommen sei. Die Fraktion der CDU wolle der Vorlage so zustimmen.

Stadtrat Bernnat betont, dass die Stadt mit der Unterbringung der Menschen bisher gut umgegangen sei. In vorliegendem Falle gehe es überdies um mehr als nur um die Unterbringung. Es gehe vielmehr auch um die Eingewöhnung der Menschen in die Gesellschaft. Das Klagen über Bund und Land sei in vielen politischen Themenfeldern berechtigt. Man müsse allerdings auch mit Provisorien leben können, wenngleich man die Schaffung von vernünftigem und bezahlbarem Wohnraum nicht aus den Augen verlieren dürfe. Die Zahl von in Deutschland ankommenden Flüchtlingen werde ganz gewiss wieder zunehmen.

Stadtrat Berg sehe es kritisch, dass der Landkreis seine Strukturen nun wieder aufgebe. Dies sei angesichts zukünftiger Entwicklungen nicht richtig. Er fragt, welche Erfahrungen man mit den Projekten „Stadtteileltern sowie „Integrationslotsen“ gemacht habe und wo die zentrale Anlaufstelle und das interkulturelle Zentrum untergebracht werden solle.

Stadtrat Lindemer wolle allen beruflich und ehrenamtlich Tätigen danken, welche sich um in Deutschland ankommende Flüchtlinge kümmern. Die vielen Helfer würden sich, auch ohne die finanzielle Unterstützung von Bund und Land, vorbildlich um die Menschen kümmern.

Kommissarische Fachbereichsleiterin Eyhorn erläutere sodann die Modelle „Stadtteil-tern“ und „Integrationslotsen“.

Frau Dr. Schwarz ergänze, dass das geplante Landes-Programm „Integrationsmanager“ voraussichtlich im Sommer oder Herbst starte und von der Stadt genutzt werden soll, bisher jedoch noch keine Details bekannt seien. Das vorhergehende Programm „Integrations-Lotsen“ diene in erster Linie der Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge, während das Programm „Integrationsmanager“ eine umfänglichere Begleitung ermögliche. Das in Planung befindliche „Welcome-Center“ werde als erste Anlaufstelle für Geflüchtete eingerichtet, um bedarfsgerecht Angebote zu vermitteln.

Stadträtin Krämer bittet zu beachten, dass die Betreuung der Objekte durch Hausmeister und Reinigungspersonal ebenso wichtig sei.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst sodann einstimmig die folgende Beschlussempfehlung:

1. Dem vorgeschlagenen Konzept zur Unterbringung und Betreuung der zugewiesenen Flüchtlinge in Anschlussunterkünften wird zugestimmt.
2. Für die Bewirtschaftung der Objekte der Anschlussunterkünfte werden 1,5 Hausmeisterstellen in Entgeltgruppe 5 TVöD geschaffen.

TOP 6

Areal "Weberei Conrad"- Erschließung und weitere öffentliche Tiefgaragenstellplätze

Vorlage: 037/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Stadtrat Escher erklärt, dass ein guter Anfang gemacht worden sei. Jedoch sehe er nach wie vor das Problem, dass noch einige Parkplätze geschaffen werden müssten, um den Verlust des bisherigen Parkplatzes auf dem Areal Conrad zu kompensieren. Er stelle zudem eine Diskrepanz zwischen den ermittelten Parkplätzen laut Vorlage und seinen eigenen Zählungen fest. Er selbst sei durch diverse Zählungen zu unterschiedlichen Tageszeiten auf andere Zahlen gekommen. Den Hinweis auf das geplante Park&Ride-Angebot halte er für lobenswert. Hinsichtlich der Erschließung des Areals über die Brombacher Straße sehe er massive Probleme hinsichtlich der dann notwendigen Kreuzung respektive des notwendigen Kreisverkehrs. Die Erschließung des Areals über die Brombacher Straße

sei für ihn unvorstellbar. Die Brombacher Straße sei nach wie vor eine der wichtigsten Verkehrsachsen in der Stadt. Er bekräftigt bereits darauf hingewiesen zu haben, dass eine Erschließung über die Bergstraße funktionieren könne. In diesem Punkte schließe er sich der Verwaltungsmeinung an, die Erschließung über die Bergstraße zu gestalten.

Stadträtin Cyperrek bedankt sich für die Vorlage, die Fraktion der SPD wolle dieser so zustimmen. Eine Erschließung des Areals über die Brombacher Straße halte auch sie nicht für möglich. Daher finde sie die Entscheidung zur Erschließung über die Bergstraße richtig. Sie wolle wissen, ob das Landratsamt mit an dem betrieblichen Mobilitätsmanagement beteiligt werden könne und bittet darum, das Park&Ride-Angebot schnellstmöglich umzusetzen. Außerdem plädiere sie dafür, dass die Stadt Lörrach der städtischen Wohnbau die Grundstücke zu einem „guten Preis“ verkaufe.

Stadtrat Wernthaler vertritt die Auffassung, dass die Bergstraße als Teil der Pendlerroute eine wichtige Funktion eingenommen habe und auch langfristig als Fahrradstraße hätte ausgewiesen werden können. Er wundere sich darüber, dass eine solche, den Verkehr betreffende Entscheidung nun getroffen werde, wo doch sonst immer bei Verkehrsentscheidungen darauf verwiesen werde, dass man abwarten wolle, bis ein Verkehrsplaner die Arbeit bei der Stadt Lörrach aufgenommen habe. Der Oberbürgermeister habe bereits früh darauf hingewiesen, dass er sich für das Areal Conrad ein modernes Mobilitätskonzept ohne Autoverkehr gut vorstellen könne. Leider vermisse er dieses Konzept bisweilen.

Stadtrat Denzer befindetet, dass die Vorlage insgesamt gut sei, jedoch nicht in ausreichender Zahl Stellplätze ausgewiesen worden seien. Der Verlust des großen Parkplatzes auf dem Areal Conrad müsse kompensiert werden. Im erscheine es so, als seien Parkplätze in ausreichender Zahl von Anfang an nicht gewollt gewesen. Zudem halte auch er die Berechnungen hinsichtlich der Stellplätze für falsch.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdic erklärt, dass zwar Stellplätze auf dem Areal Conrad wegfallen würden, dennoch aber noch Stellplätze in ausreichender Zahl vorhanden seien. Diese seien allerdings eher suboptimal verteilt. Dies sei auch schon aus dem Märkte- und Zentrenkonzept hervorgegangen. Sie legt dar, dass im bestehenden Lörracher Stadtentwicklungskonzept das Schaffen von Stellplätzen mit dem „Füttern von Tauben“ verglichen wird. Die dargelegten Berechnungen habe die Stadt von der städtischen Wohnbaugenossenschaft erhalten. Diese habe Berechnungen angestellt, wie sie auch am Niederfeldplatz zur Anwendung gekommen seien. Die Situation verschärfe sich in der Tat im Bereich des Areals Conrad, allerdings werde die Verschärfung auch wieder durch Parkplätze am Neubau des Landratsamtes beziehungsweise in der Tiefgarage des Postareals kompensiert. Weiterhin nimmt sie Stellung zur Thematik des Verkehrsplaners und gibt zur Antwort, dass die Stadtverwaltung sehr wohl auch in dringlichen Fragestellungen Aussagen zur Verkehrskonzeption tätigen kann. Aufgrund personeller Ressourcen dies aber nicht in allen Belangen der Verkehrsthematik tue.

Fachbereichsleiter Dullisch fügt hinzu, dass nur einer bestimmten Anzahl an Anwohnern ein Parkausweis ausgestellt werden könne und sich deren Preis an übergeordneten Tarifen orientiere, an welche sich auch die Stadt Lörrach zu halten habe.

Nach einer weiteren kurzen Aussprache fasst der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig die folgende Beschlussempfehlung:

1. Die Erschließung des Areals „Weberei Conrad“ soll auch zukünftig über die Bergstraße erfolgen.
2. Auf dem Areal „Weberei Conrad“ werden keine zusätzlichen öffentlichen Tiefgaragenstellplätze errichtet.

TOP 3

Neubau Sporthalle Brombach – Bericht 1. Quartal 2017

Vorlage: 036/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein und berichtet, dass noch im März der Bauantrag für den Hallenneubau eingereicht werden solle.

Nach einer kurzen Aussprache fasst der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig den folgenden Beschluss:

Vom Bericht der Verwaltung wird Kenntnis genommen.

TOP 4

Neuerlass der Polizeiverordnung zum Schutz der öffentlichen Ordnung und gegen umweltschädliches Verhalten

Vorlage: 014/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nach einer kurzen Aussprache fasst der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig die folgende Beschlussempfehlung:

Der Gemeinderat stimmt dem Neuerlass der Polizeiverordnung (nach Anlage 1 der Vorlage) zu.

TOP 5

Veranstaltungen im Freien

Vorlage: 022/2017

Der Vorsitzende führt in die Thematik der Vorlage ein und erläutert kurz die Inhalte der Vorlage.

Stadtrat Escher signalisiert die Zustimmung der Fraktion der CDU.

Stadträtin Cyperrek signalisiert die Zustimmung der Fraktion SPD.

Stadtrat Berg bedankt sich für die Vorlage und signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen. Er bemängelt jedoch, dass im Rahmen der Nutzung der Freiflächen für Veranstaltungen ein hoher bürokratischer Aufwand notwendig werde.

Stadtrat Lindemer betont, dass die Veranstaltungen auf der Freifläche sicherlich laut seien. Dies sei allerdings auch bei Fasnachtsveranstaltungen der Fall. Außerdem sei die Anzahl der Veranstaltungen im Freien so überschaubar, dass deren Durchführung sicherlich vertretbar sei. Hinsichtlich der Nutzung der Flächen für Veranstaltungen solchen Formats sei durch den Wasser- als auch den Anwohnerschutz im Grütt ein guter Kompromiss gefunden worden. Die Masse an zu erfüllenden Auflagen sei dabei, gerade für die Organisatoren nicht kommerzieller Veranstaltungen, enorm. Überdies halte er Lärm in dieser Form ausdrücklich nicht, wie von einigen behauptet, für Körperverletzungen. Er befürworte, dass jeder auf den Freiflächen Veranstaltungen durchführen kann.

Stadträtin Herzog erklärt, dass der Ortschaftsrat Brombach die Vorlage aus guten Gründen abgelehnt habe. Es habe aufgrund der beiden Veranstaltungen, auch bei der Polizei, mehrere Beschwerden gegeben. Eine der beiden Veranstaltungen sei absolut nicht vertretbar gewesen. Dies werde auch in der Vorlage völlig falsch dargestellt. Die Veranstaltung sei deutlich zu laut gewesen. Hier müsse man die bestehenden Regelungen nochmals überarbeiten.

Der Vorsitzende führt aus, dass theoretisch auch eine andere Fläche, welche von einer bestehenden Wohnbebauung weiter entfernt, dafür für die Veranstaltungsbesucher weniger günstig zu erreichen sei, für derartige Veranstaltungen in Frage käme. Die Organisatoren der Veranstaltungen seien stets an die Auflagen gebunden. Letztlich müsse der Gemeinderat hier eine adäquate Entscheidung treffen.

Stadtrat Lindemer befindet, dass der Kompromiss sich an der Freizeitlärmrichtlinie orientiere. Den Veranstaltern stand es stets im Sinn, sich auf den Freiflächen gut zu benehmen und die bestehenden Auflagen einzuhalten. Es gehe schließlich auch darum der Jugend in der Stadt zu vermitteln, dass sie politisch etwas bewegen könne.

Im Folgenden äußert sich die Bürgerin Frau Meinzer im Rahmen einer Stellungnahme und bittet dabei um die Beantwortung verschiedener Fragen (Anlage 2).

TOP 7

Radonmaßnahmen in kommunalen Gebäuden

Vorlage: 034/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein und erklärt, dass die Verwaltung das Thema Radon in kommunalen Gebäuden sehr ernst nehme.

Stadtrat Escher signalisiert die Zustimmung der Fraktion der CDU zu der Vorlage.

Stadträtin Cyperrek signalisiert die grundsätzliche Zustimmung der Fraktion der SPD zu der Vorlage. Sie bezweifle allerdings, dass ein Lüften der Räume alleine ausreichend sei, um das Problem zu hoher Radon-Konzentration in der Luft zu lösen. Im Folgenden verliest sie acht Fragen zu der Thematik und bittet um deren Beantwortung durch die Verwaltung:

1. Können die nun neu geplanten Messungen auch wieder über das Landesprogramm finanziert werden oder muss die Stadt die Kosten tragen? Da das Problem Radon schon seit Jahren bekannt sei: Wurden in den Jahren 2015/16 und/oder zuvor alle Schulen von der Stadt aufgefordert, sich an dem Landesprogramm zu beteiligen?
2. Welche Ergebnisse haben die Messungen in der Musikschule und im Kindergarten Bonifatius erbracht? Welche Maßnahmen sind hier im Zuge des Umbaus vorgesehen?
3. Welche Maßnahmen sind ab welchem Grenzwert für die Schulen und Kindertagesstätten vorgesehen, in denen nun gemessen werden soll?
4. Wie sieht die weitere Öffentlichkeitsarbeit aus? Ist künftig eine bessere Absprache mit den Schulleitungen/KiTa-Leitungen vorgesehen? Ist eine Information der Eltern vorgesehen?
5. Wie hoch sind die Kosten für eine mechanische Belüftung, z.B. in der Realschule?
6. Warum reicht in der Realschule eine Lüftung per Hand, wenn gleichzeitig in Schulen in Weil und bei den beruflichen Schulen des Landkreises mechanische Lüftungen eingebaut bzw. umfangreiche Sanierungsmaßnahmen durchgeführt wurden?
7. Eine Nachmessung im April in der Realschule habe laut Vorlage einen Wert von 844 Bq/m^3 ergeben. Wer hat diese Nachmessung durchgeführt? Nach vorliegenden Messungen des KITs wurde in einer Expositionszeit vom 1.12.2015 - 8.03.2016 im Klassenzimmer E 5 eine Konzentration von 1062 Bq/m^3 gemessen. Der Wert von 844 Bq/m^3 taucht in der Tabelle des KIT nicht auf.
8. In welchen Intervallen muss bei hohen Radonkonzentrationen gelüftet werden, damit ein Wert unter dem Grenzwert erreicht werden kann? Laut BZ-Bericht vom

18.1.2017 über den Elternabend in der Realschule hätten „25 Minuten gereicht, um einen Wert von 400 Bq/m³ zu erreichen“. 25 Minuten Lüften bei Minustemperaturen ist wenig realistisch; der Grenzwert liege zudem bei 300 Bq/m³.

Der Vorsitzende sichert die Beantwortung der Anfragen durch die Verwaltung zu.

Stadtrat Berg signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen zu der Vorlage.

Stadtrat Denzer signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Freien Wähler zu der Vorlage. Er verweist darauf, dass die Anschaffung der Dosimeter zu Messzwecken sehr günstig sei und deshalb keine hohen Kosten für die Messungen anfallen sollten.

Fachbereichsleiterin Buchauer erläutert, dass die Dosimeter einschließlich der Auswertung ca. 23,00 Euro pro Stück kosten würden. Die Verwaltung wolle insgesamt 132 Dosimeter zu einem Bruttogesamtpreis von ca. 3.700,00 Euro beschaffen.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst sodann einstimmig die folgende Beschlussempfehlung:

1. Vom Bericht der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Die vorgeschlagenen Maßnahmen (Messungen der Räume) sollen entsprechend umgesetzt werden.

TOP 8

Luisenstraße 7 und 9, Umbau für Kindergarten und Musikschule - Planung und Kostenberechnung

Vorlage: 035/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Beschlussvorlage ein.

Frau Dotterweich erläutert sodann anhand einer Präsentation die Grundzüge der Planung des Umbaus (Anlage 3).

Der Vorsitzende bedankt sich für die Darstellung der Planung.

Stadtrat Escher führt aus, dass der Umbau aufgrund gesetzlicher Regelungen im Bereich Brandschutz sehr teuer werde.

Stadtrat Bernnat erklärt, dass er der Planung an sich zustimmen könne, da diese sehr überzeugend sei. Die Zustimmung würde jedoch über den im Rahmen der Haushaltskonsolidierung gefassten Beschluss hinausgehen. Die Investition werde deutlich umfangrei-

cher als erwartet. Das Projekt an sich halte er für gelungen, fraglich sei jedoch die Finanzierung. Die SPD wolle die Thematik nochmals fraktionsintern beraten.

Stadtrat Wernthaler gibt an, dass es in der Hebelschule ein erhebliches Platzproblem gebe. Dies sei auf Dauer kein tragbarer Zustand.

Stadtrat Denzer signalisiert die generelle Zustimmung der Fraktion der Freien Wähler. Er frage sich, wie die Stadt die Kosten stemmen könne.

Stadtrat Escher sagt, dass er bei den Beschlüssen zur Haushaltskonsolidierung nicht anwesend sein konnte. Er habe aber mitbekommen, dass man sich über Beträge von 50.000,00 Euro und auch über geringere Beträge unterhalten habe. Dieser Betrag sei in vorliegendem Falle alleine für den Umzug der Musikschule notwendig. Dies sei allerdings auch nicht außergewöhnlich. Vorliegend müsse die Stadt dringend handeln.

Der Vorsitzende gibt an, dass auch der Oberbürgermeister Herr Lutz mit einem deutlich geringeren Ausmaß der Investition gerechnet habe. Er sehe zudem aber auch die Problematik an der Hebelschule. Der Umzug der Musikschule sei indes tatsächlich nur mit den in der Vorlage genannten Aufwendungen zu bewältigen. Er finde jedoch, dass die Maßnahme, wenn sie umgesetzt wird, auch richtig angegangen werden muss.

Fachbereichsleiterin Buchauer erläutert sodann weitere Details der zu Grunde liegenden Planung.

Stadträtin Krämer bittet darum, die städtischen Finanzen im Blick zu behalten. Es müsse die Frage gestellt werden, ob die Maßnahme für die Stadt leistbar ist. Zur Orientierung müssten nun Prioritäten gesetzt werden. Sie wünsche sich eine Gesamtaufstellung der vorgesehenen Investitionen in diesem und den Folgejahren.

Stadtrat Böhringer wolle wissen, inwiefern Brandschutzmaßnahmen in den Gebäuden notwendig werden.

Fachbereichsleiterin Buchauer erklärt, dass in dem Gebäude neben der Bildung von Brandabschnitten ein zweiter baulicher Rettungsweg erforderlich werde.

Frau Dotterweich erläutert im Folgenden die Planung hinsichtlich der im Rahmen des gesetzlichen Brandschutzes notwendigen Maßnahmen.

Stadtrat Bernnat befindet, dass die Notwendigkeit der Maßnahme außer Frage stehe. Jedoch habe man das Projekt im Zuge der Beschlüsse zur Haushaltskonsolidierung als nicht leistbar bewertet und deshalb vorerst „auf Eis gelegt“. Wenn die finanziellen Mittel verfügbar wären, könnte die Stadt Millionen in ihre Liegenschaften investieren, deshalb wünsche auch er zur Orientierung einen Fahrplan hinsichtlich der Investitionen in den kommenden Jahren.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Diskussion und verweist auf die weitere Beratung im Hauptausschuss.

TOP 9

Neuer Standort für die Familienzentrum Kinderland gGmbH

Vorlage: 028/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein. Er begrüßt zudem Herrn Mauch, Vertreter der Familienzentrum Kinderland gGmbH.

Fachbereichsleiter Spross erläutert sodann grob den Inhalt der vorliegenden Beschlussvorlage.

Herr Mauch äußert sich im Folgenden zur derzeitigen Situation des Kinderland e.V., welches derzeit provisorisch untergebracht sei.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Äußerungen.

Stadträtin Krämer signalisiert die Zustimmung der Fraktion der CDU zu der Vorlage.

Stadtrat Bernnat signalisiert die Zustimmung der Fraktion der SPD zu der Vorlage.

Stadtrat Berg signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen zu der Vorlage.

Stadtrat Denzer signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Freien Wähler zu der Vorlage.

Sodann meldet sich der Bürger Herr Stiefel zu Wort und erklärt, dass die Unterbringung der Kinderkrippe an dem vorgesehenen Ort ungünstig sei.

Der Vorsitzende erklärt, dass die letztendlichen Entscheidungsgrundlagen noch ausstehen würden.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst sodann einstimmig den folgenden Beschlussvorschlag:

1. Der Gemeinderat der Stadt Lörrach nimmt Kenntnis von der aktuellen Situation der Familienzentrum Kinderland gGmbH.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Standort Baumgartnerstraße 33 und 31 Hinterhaus (Flurstücke 646 und 646/3) hinsichtlich des Betriebs von Familienzentrum, zwei Krippengruppen und zwei betreuten Spielgruppen durch die Familienzentrum Kinderland gGmbH detailliert zu untersuchen und eine Kostenberechnung zu erstellen.

TOP 10

Campus Rosenfels - Stettengasse

Vorlage: 046/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales mehrheitlich den folgenden Beschluss:

Der Auftrag für die Tief- und Straßenbauarbeiten wird auf das annehmbarste, wirtschaftlich günstigste Angebot der Firma Oskar Vogel GmbH & Co KG, 79591 Eimeldingen zum Angebotspreis von 249.457,78 € erteilt.

TOP 11

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

Straßenbauarbeiten

Fachbereichsleiter Dullisch weist anhand einer Präsentation auf verschiedene, anstehende Straßenbauarbeiten hin (Anlage 4). Diese würden im Bereich Zollfreie Straße, in der Wiesetalstraße, am Fußgängerüberweg Kreuzstraße und in der Teichstraße durchgeführt.

TOP 12

Allgemeine Anfragen

Hebelpark

Stadtrat Wernthaler wolle wissen, wann das Einweihungsfest im neu gestalteten Hebelpark durchgeführt werde und ob es stimme, dass der Trinkwasserbrunnen nicht einwandfrei funktionsfähig sei.

Der Vorsitzende antwortet, dass das Einweihungsfest im Mai durchgeführt werden solle. Der Trinkwasserbrunnen sei indes in Ordnung, allerdings seien hinsichtlich des neuen Wasserspiels noch einige Sicherheitsfragen zu klären.

Kieselsteine in Hauingen

Stadtrat Böhringer wolle wissen, warum verschiedene Blumenrabatten und bisherige Sandflächen auf Spielplätzen in Hauingen mit Kieselsteinen befüllt worden seien. Die Steine seien gerade für spielende Kinder sehr gefährlich.

Der Vorsitzende gibt an, der Beantwortung der Anfrage nachgehen zu wollen.

Situation Grabenstraße

Stadträtin Cyperrek fragt, von wem und wann darüber entschieden werde, ob in der Grabenstraße eine Polleranlage eingesetzt wird. Sie wolle zudem wissen, wie konkret gegen den morgendlichen Berufsverkehr und den Ramba-Zamba-Verkehr vorgegangen werde, wenn die Poller zu bestimmten Tageszeiten in den Boden eingelassen sind. Außerdem fragt sie, ob in der Grabenstraße so viele Busfahrten wie derzeit tatsächlich notwendig seien und ob die Bushaltestelle Grabenstraße an das Ende der Straße verlegt werden könne.

Der Vorsitzende antwortet, dass der Gemeinderat über den Einsatz von Pollern entscheiden müsse. Bisher gebe es hierzu jedoch noch keine Vorlage. Das Verlegen der Bushaltestelle koste indes Geld, welches zunächst bereitgestellt werden müsse.

TOP 13

Offenlegungen

TOP 13.4

Anfrage von Stadtrat Böhringer in der öffentlichen Sitzung des Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales am Donnerstag, 9. März 2017 zur Einführung von Tempo-40-Zonen

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: